

„Lehrer, die Kinder mögen“

Bildung. Schulen, in denen die Kinder den ganzen Tag betreut werden. Eine bessere Qualitätskontrolle. Lehrer, die Kinder mögen. Das sind einige Punkte, mit denen Hannes Androsch das Schulsystem fit machen will.

ALFRED PFEIFFENBERGER

Mit einem Bildungsvolksbegehren „Österreich darf nicht sitzen bleiben“ will der Industrielle Hannes Androsch die Politik dazu „animieren“, die seit Jahren diskutierte Reform des österreichischen Schulsystems in Angriff zu nehmen. Montag präsentierte er im Rahmen der SN-Aktion „Für Österreich“ seine Vorstellungen von einem international wettbewerbsfähigen Bildungssystem.

Androsch nahm sich an diesem Abend kein Blatt vor den Mund. So forderte er etwa eine bessere Auswahl der Lehrerinnen und Lehrer. Als Beispiel nannte er Finnland. Dort müsse jeder Bewerber für das Lehramt vor Beginn des Studiums eine Unterrichtsstunde halten. „Dann zeigt sich, ob jemand Kinder mag oder nicht“, sagte er. Und es würde ja auch kein Gastronom einen Koch einstellen, dem kochen zuwider sei.

Es könne auch nicht sein, dass in Österreich die Schülerinnen und Schüler im Jahr nur 31,5 Wochen halbtags in der Schule seien und dass das Lernen an die Eltern delegiert werde. Es sei inzwischen normal, dass beide Eltern berufstätig seien. Wenn die Kinder von der Schule heimkämen,

müsste das Thema erledigt sein. Dies sei auch für ein gedeihliches Familienleben wichtig. Die flächendeckende Einführung der Ganztagschule sei ein Muss. Die gesellschaftliche Realität lasse dazu keine Alternative.

Auch die Kriterien für die Schulreife gehörten überdacht. Kinder, die nicht ausreichend Deutsch sprächen, sollten zuvor die Sprache lernen, um dem Unterricht folgen zu können, sagte Androsch. Weiters müsse es ausreichende Qualitätskontrollen in den Schulen geben, mit Konsequenzen für die Lehrerinnen und Lehrer, wenn die geforderten Leistungen nicht erbracht würden. Am Geld können das nicht scheitern. Österreich gebe im europäischen Vergleich sehr viel für sein Schulsystem aus. Die Ergebnisse seien aber nicht entsprechend. Das habe der PISA-Test gezeigt. Wenn die Schulbürokratie reduziert werde, stünde ausreichend Geld für eine Verbesserung des Schulsystems zur Verfügung.

Anders sehe es bei den Hochschulen aus. Diese seien deutlich unterfinanziert. Zumindest zwei Milliarden Euro seien zusätzlich notwendig, um die Universitäten an den internationale Spitze heranzuführen, sagte Androsch. Wobei es auch notwendig sei, den Zugang zu den überlaufenen Studien

zu reglementieren und vor allem technische Studien für die Maturantinnen und Maturanten attraktiver zu machen. Das Bildungsvolksbegehren will den Anstoß geben, mit dem Umbau des österreichischen Bildungssystems anzufangen. Insgesamt rechnet Androsch, dass das Reformwerk zumindest 15 Jahre dauern wird. So lang hätten auch die Finnen benötigt, um ihr Schulsystem an die internationale Spitze zu führen.



Hannes Androsch im Gespräch mit SN-Ressortleiter Josef Bruckmoser.

Bild: SN/ANDREAS KOLARIK



Bild: SN/ANDREAS KOLARIK

„Durch die Zentralmatura geht das Niveau zurück.“

Gabriel Staffa, Schüler



Bild: SN/ANDREAS KOLARIK

„Lehrer haben nicht die Qualifikation, Deutsch als Fremdsprache zu lehren.“

Caroline Neubacher, Direktorin



Bild: SN/ANDREAS KOLARIK

„Die Schule muss in der Schule bleiben.“

Kurt Breitfuss

Der Forderungskatalog

1 Wahlrecht

Ein neues Wahlrecht würde die Politik dazu bringen, mehr Kontakt mit den Bürgern zu halten. Peter Filzmaier plädiert für eine Kombination von Verhältnis- und Mehrheitswahlrecht. Ein Vorbild wäre Deutschland, wo jeder Wähler zwei Stimmen hat – eine für die Partei, eine für einen Kandidaten.

2 Direkte Demokratie

Die Einbindung der Bürgerinnen und Bürger würde die Kluft zwischen Politikern und Bevölkerung verkleinern. Peter Filzmaier schlägt vor, dass, wenn zehn Prozent der Wahlberechtigten ein Volksbegehren unterschreiben, zu diesem Thema eine Volksabstimmung stattfinden soll. Das Ergebnis soll dann für die Politik bindend sein.

3 Rückkehr zur Ehrlichkeit

Das Vertrauen der Bevölkerung in die Politik ist tief erschüttert. Motivforscherin Sophie Karmasin fordert die Rückkehr zur politischen Ehrlichkeit. Nur so sei es möglich, eine neue Grundlage für neues Vertrauen zu schaffen. Das Handeln der Politiker dürfe nicht auf kurzfristigen Erfolg ausgerichtet sein. Sie sollen den Menschen reinen Wein einschenken. Negative Botschaften, eingebettet in klare, durchdachte Visionen, würden so auch akzeptiert.

4 Bildungsreform

Österreich braucht eine Schule mit einem flächendeckenden Angebot an Ganztagschulen, das auch noch Platz für andere Bildungsangebote belässt, sowie eine Finanzierung der Universitäten auf internationalem Niveau.

Dieser Forderungskatalog an die Regierung wird erweitert und fortgeschrieben. Auch Ihre Anregungen und Vorschläge sind erwünscht:

www.salzburg.com/fueroesterreich



Das seltsame Demokratieverständnis mancher Leute

VIKTOR HERMANN

Demokratie ist ein staatlicher Zustand, den nur wenige Bürger dieser Welt genießen können. Das beschränkt sich im Wesentlichen auf Europa und den amerikanischen Doppelkontinent – und sogar da hat die Praxis der demokratischen Systeme so manchen Pferdefuß. Man denke nur an Politiker, die ihr demokratisches Recht, sich um jeden Preis an der Spitze des Systems zu halten, höher stellen als das demokratische Recht der Bevölkerung, von anständigen Menschen regiert zu werden.

Da gibt es Typen wie Silvio Berlusconi, der Politik mit dem Schutz eines Korruptionisten vor juristischer Verfolgung verwechselt. Oder George W. Bush, der glaubte, Wahlsieger ist, wer bei der Stimmauszählung in Florida besser schummeln kann. Oder Viktor Orban, der den unangenehmen Medien mit einem noch viel unangenehmeren Mediengesetz auf die Finger klopft.

Erstaunlich, wie langmütig viele Europäer und Amerikaner sich derartiges Verhalten gefallen lassen. Freilich erstreckt sich diese Langmut auch auf unseren Umgang mit den Demokratiebestrebungen anderswo. Die Bürger einiger arabischer Länder haben es schon lang satt, von diebischen Autokraten beherrscht und ausgebeutet zu werden. In Tunesien haben sie den ganzen

Clan des Herrschers verjagt, in Ägypten wollen sie das tun, in Jordanien, Syrien und Algerien gibt es immerhin Anzeichen für solchen Aufruhr.

Aus Europa und Amerika allerdings hören die Tunesier, Ägypter und Jordanier nicht Rufe der Anfeuerung, Lob für ihren Mut und schon gar nicht aktive Unterstützung. Nein, europäische und amerikanische Politiker, die die Demokratie gern in der Sonntagsrede fordern, werden plötzlich recht vorsichtig und behutsam, wenn es darum geht, demokratische Entwicklungen anderswo zu fördern.

Die jüngste Frechheit dieser Art kam aus Washington. Man möge Ägypten doch nicht allzu überstürzt in Wahlen hineindrängen. Darin liege eine große Gefahr. Ähnlich klangen etliche Euro-

päer, als es den Kleptokraten von Tunesien an den Kragen ging. Die Sorge, die allenthalben durchdringt: Es könnten die „falschen Leute“ gewinnen.

Das erinnert stark an die schweigende Zustimmung aus westlichen Hauptstädten, als seinerzeit die algerischen Militärs reguläre Wahlen abbrachen, weil die „falschen Leute“ vor einem Sieg standen.

Nun ist es aber das Wesen demokratischer Vorgänge, dass ihre Ergebnisse nicht immer vorhersehbar sind. Wenn wir den Ländern Nordafrikas die Demokratie empfehlen, dann müssen wir auch bereit sein, die Ergebnisse demokratischer Vorgänge zu akzeptieren.

Ihre Meinung?
salzburg.com/hermann



REPORTAGE: Saudi-König dämpft Bürgerzorn mit Ölgeld. Seite 4



SN-CHECK: Der Weg des Fleisches auf unsere Teller. Seite 7



Goldmedaille zum Auftakt der Ski-WM

Elisabeth Görgl ist Weltmeisterin im Super G. Die 29-jährige Steirerin gewann am Dienstag das erste WM-Rennen in Garmisch-Partenkirchen fünf Hundertstelsekunden vor der US-Amerikanerin Julia Mancuso. Bronze ging an die deutsche Lokalmatadorin Maria Riesch. Titelverteidigerin Lindsey Vonn musste sich mit Rang sieben begnügen, Olympiasiegerin Andrea Fischbacher schied nach einem Sturz aus. Görgl ist die insgesamt vierte Super-G-Weltmeisterin aus Österreich nach Ulrike Maier (1989, 1991), Alexandra Meissnitzer (1999) sowie Michaela Dorfmeister (2003) und bescherte dem rot-weiß-roten Skiteam in Garmisch damit einen Auftakt nach Maß. Heute, Mittwoch, fahren die Herren im Super G um Gold, Silber und Bronze. Zu den Medaillenkandidaten zählt u. a. der Salzburger Hannes Reichelt, der vor einer Woche noch nicht qualifiziert gewesen war. **Seiten 21, 22** Bild: SN/APA/ERICH SPIESS

terin aus Österreich nach Ulrike Maier (1989, 1991), Alexandra Meissnitzer (1999) sowie Michaela Dorfmeister (2003) und bescherte dem rot-weiß-roten Skiteam in Garmisch damit einen Auftakt nach Maß. Heute, Mittwoch, fahren die Herren im Super G um Gold, Silber und Bronze. Zu den Medaillenkandidaten zählt u. a. der Salzburger Hannes Reichelt, der vor einer Woche noch nicht qualifiziert gewesen war. **Seiten 21, 22** Bild: SN/APA/ERICH SPIESS

Finanzminister prüft eigene Ländersteuern

Paukenschlag. Länder und Gemeinden sollen Steuern einheben dürfen. Das Finanzministerium prüft diese Idee derzeit.

WIEN, SALZBURG (SN). In die Debatten um eine Föderalismus-Reform kommt endlich Bewegung: Im Finanzministerium wird derzeit geprüft, ob und wie Länder und Gemeinden eigene Steuern einheben könnten. In einer internen Studie, die sich mit der Überarbeitung des Finanzausgleichs befasst, wird diese Möglichkeit aufgezeigt. Und es werden gleich konkrete Vorschläge gemacht. So könnten gemeinschaftliche Bundesabgaben in ausschließliche Landesabgaben umgewandelt werden. Als Beispiele werden die Grunderwerbsteuer, die Bodenwertabgabe, die Kraftfahrzeugsteuer und die motorbezogene Versicherungssteuer genannt.

In einem SN-Interview hatte Niederösterreichs Landeshauptmann Erwin Pröll vor wenigen Tagen die Diskussion angestoßen und Steuerhoheit für die Länder gefordert. **Seite 2**

Pädophiler im Jugendamt

Trotz Berufsverbots in Deutschland von BH eingestellt

HALLEIN (SN). Die BH Hallein beschäftigte von 2007 bis 2010 einen Pädophilen, der in Deutschland und Frankreich einschlägig vorbestraft ist und gegen den in seiner Heimat ein Berufsverbot als Sozialpädagoge besteht. Aufgeflogen ist das, weil der 32-Jährige im Vorjahr in Salzburg einen Zwölfjährigen missbraucht hatte und in der Vorwoche dafür verurteilt wurde. Der im Berchtesgadener Land lebende Deutsche ist wieder auf

freiem Fuß, weil er den unbedingten Teil der Strafe abgesessen hat. Staatsanwältin Barbara Feichtinger versteht nicht, „wie es das gibt“, dass die Behörde keine Strafregisterauskunft in Deutschland einholte. Der Mann erhielt einen freien Dienstvertrag. Halleins Bezirkshauptmann sagt, die Jugendwohlfahrt lasse sich seit Juni 2010 wegen dieses Falls von allen Mitarbeitern einen Strafregisterauszug vorlegen. **Lokalteil**

Für Österreich
eine Initiative der
Salzburger Nachrichten



Univ.-Prof. Dr. Bernd Marin

So kann man die Pensionen und das Gesundheitssystem sichern.

Heute, Mittwoch, 9. Februar, 19 Uhr

Die Veranstaltung findet im **SN-Saal, Karolingerstraße 40, 5021 Salzburg**, statt. Der Eintritt ist frei. Achtung: Zutritt nur mit Zählkarten. Die gibt es beim Portier im Pressezentrum in der Karolingerstraße 40 und in der Rupertus-Buchhandlung. Infos zur Veranstaltung unter **0662/8373-511**, Frau Astrid Pichler. Die Veranstaltung wird ab 19 Uhr auch live im Internet übertragen: www.salzburg.com

Türkei statt Ägypten

WIEN (SN). Die Kanarischen Inseln und die Türkei profitieren vom Ausfall Ägyptens als Reiseziel. Bis Ende Februar sind viele Flüge ausgesetzt. **Seite 13**

STANDPUNKT

Die vier Kernpunkte des Bildungsbegehrens

Das geplante Volksbegehren für eine Bildungsreform setzt auf allen Ebenen an. Notwendig ist der Blick auf vier große Linien.

JOSEF BRUCKMOSER

Das geplante Bildungsvolksbegehren spannt einen großen Reformbogen über die ganze Bildungs- und Ausbildungszeit: von der Krabbelstube bis zu den Universitäten. Dieser große Wurf ist notwendig, weil es tatsächlich auf allen Stufen hapert. Eine Bildungsreform gelingt nur, wenn sie alles im Blick hat – und damit auch die heiklen Übergangsstufen: zwischen Kindergarten und Schulfähigkeit sowie zwischen Matura und Studieneintritt.

Es darf aber nicht passieren, dass wegen der Fülle der zwölf Reformpunkte am Ende alles nur halb oder gar nicht angegangen wird. Eine SN-Diskussion zum Bildungsvolksbegehren hat gezeigt, dass

die Proponenten mit einem Zeitraum von 15 Reformjahren rechnen. Das ist realistisch. Trotzdem braucht es einen Anfang, einen Strang, an dem alle ziehen. Denn es muss ab Herbst 2011 losgehen. Etwa so:

1. Ein Kind in Österreich kann keinem Unterricht folgen, wenn es der deutschen Sprache nicht mächtig ist. Das verpflichtende fünfte Kindergartenjahr war ein erster Schritt. Jetzt geht es um den Konsens: vor der Schule kommt Deutsch.

2. Die Weichenstellung im Alter von zehn ist zu früh. Zwar kommen Kinder auch über – gute – Hauptschulen und berufsbildende Schulen zum Ziel. Trotzdem geht es jetzt um einen breiten Konsens, dass das Gros der Kinder bis 14 Jahre gemeinsam unterrichtet werden soll.

3. Die Schule gehört in die Schule und die Freizeit in die Familie. Netto 31,5 Wochen Halbtagschule im Jahr sind zu wenig. Eltern sind mit Kindern überfordert, die daheim Aufgaben machen sollen. Österreich braucht die Ganztagschule, in

der Schüler und Lehrer wie in einem guten Betrieb ihren Arbeitstag verbringen.

4. Studiengebühren würden den Universitäten helfen, aber die horrenden Unterfinanzierung nicht beheben. Die Unis brauchen jährlich nicht 150 Millionen Euro mehr, sondern zwei Milliarden.

Dieser Katalog ist ergänzungsbedürftig und ausbaubar – siehe die zwölf Punkte des Volksbegehrens. Jetzt geht es aber um den Anfang. Erfahrene Tugendlehrer halten ihren Schülern nicht sofort den ganzen Tugendkatalog vor, sondern lehren sie zuerst die vier Kardinaltugenden.

Fangen wir daher auch bei der Bildung mit den vier Kernpunkten an: eine Schule, in der alle Deutsch sprechen, eine Schule, in der alle bis 14 gemeinsam lernen, eine Schule, in der Schüler und Lehrer acht Stunden am Tag arbeiten, und nicht zuletzt Universitäten, die auf internationalem Niveau finanziert sind.

www.salzburg.com/bruckmoser



Androsch sorgt für volles Haus

Im Rahmen der Aktion „Für Österreich“ war Ex-Finanzminister Hannes Androsch bei den SN zu Gast. Er forderte im voll besetzten SN-Saal Schulen, in denen die Kinder den ganzen Tag betreut werden, bessere Qualitätskontrollen und Lehrer, die Kinder mögen. Androschs Bildungsbegehren ist österreichweit angelaufen. **Seite 3**



Deutschland € 1,30 • Italien € 1,70
Kroatien 14 KN • Slowenien € 1,70
P.b. Erscheinungsort Salzburg
Verlagspostamt 5020 Salzburg
022031431T

Salzburger Nachrichten
5021 Salzburg
Karolingerstraße 40
0662/8373

Abonnenten-Service: 0662/8373-110
aboservice@salzburg.com
redakt@salzburg.com
anzeigen@salzburg.com
leserbriefe@salzburg.com

Aktuelle News, die Zeitung elektronisch,
Videos, Bilder, Community, aktuelle Debatten
und Leserforum auf
www.salzburg.com

Impressum S. 18
TV, Radio S. 11, 12
Wetter S. 20



Dem Ehrenkodex der österreichischen Presse verpflichtet.



Großes Interesse an Volksbegehren

Der Industrielle und Proponent des Bildungsvolksbegehrens, Hannes Androsch (im Bild mit den SN-Redakteuren Viktor Hermann und Josef Bruckmoser), präsentierte am Montagabend in der SN-Reihe „für Österreich“ die zwölf Punkte für eine Bildungsreform: von den Kindergärten über die Ganztagschule bis zu den Universitäten und Forschungsausgaben. Die Debatte um Begabungsförderung, Abschaffung des Sitzenbleibens und Ende der teuren privaten Nachhilfestunden stieß auf großes Interesse. Umstritten waren die Studiengebühren. Sie seien „kein brauchbares Instrument“ für die Finanzierung der Unis, sagte Androsch im voll besetzten SN-Saal. Einen ausführlichen Bericht lesen Sie am Mittwoch.

Bild: SN/KOLARIK